



Samstag, 20. Januar 2024, 15:58 Uhr
~14 Minuten Lesezeit

Erniedrigte und Beleidigte

In Deutschland wird die reiche russische Kultur herabgewürdigt — aus politischem Kalkül, aber teilweise auch aus Unkenntnis.

von Hans-Jürgen Mülln
Foto: Ilyas Kalimullin/Shutterstock.com

Die Cancel Culture in Deutschland feiert weiter fröhliche Urständ. Nun hat es leider auch Justus Frantz erwischt. Der bekannte Pianist, Dirigent und Kulturmanager des angesehenen „Schleswig-Holstein Musik Festivals“, das er 1986 gründete, sieht sich einem vernichtenden Vorwurf ausgesetzt: Er habe nach wie vor gute Beziehungen zum kulturellen Russland, die er – wie schrecklich! – seit Beginn der russischen Intervention im Februar 2022 nicht abgebrochen habe. Außerdem ist er nach wie vor „mit dem ‚toxischen‘

Stardirigenten Waleri Gergiew befreundet und überhaupt politisch nicht mehr tragbar, weil er schon im Jahre 2014 die ‚Annexion‘ der Krim durch Russland mit dem sowjetischen ‚Unrecht‘ rechtfertigte und Putin für einen ‚normalen‘ Sterblichen hielt“ (1). Dies ist aber beileibe nicht der einzige Fall von Missachtung russischer Kulturleistungen oder auch der Beleidigung von Menschen, die versuchen, durch Zusammenarbeit im Kulturbereich Brücken über den neu aufgerissenen großen Graben zwischen West und Ost zu schlagen. Die neue Kontaktsperre fällt auf einen seit den 1940er-Jahren mit Russlandfeindlichkeit gut gedüngten Boden.

Seine Teilnahme an dem alle vier Jahre stattfindenden

international anerkannten Tschaikowsky-Wettbewerb im Juli 2023 in Moskau brachte das Fass schließlich zum Überlaufen. Teile der bürgerlichen „Hoch“-Kulturszene und der Politik in Deutschland schäumten, zumal der Wettbewerb wegen des Ukrainekrieges auf Betreiben des Westens aus der internationalen Wettbewerbsförderung ausgeschlossen worden war (2). Die Strafe für den fortgesetzten „Feindkontakt“: Er wurde zur Persona non grata erklärt, Auftritte im Rahmen des von ihm gegründeten Festivals wurden ihm in ganz Schleswig-Holstein untersagt, und eine geplante Gala zu seinem achtzigsten Geburtstag wurde abgesagt.

Das allein wäre für Justus Frantz schon schlimm genug gewesen. Allerdings setzte das „Sturmgeschütz“ der deutschen Postdemokratie, *Der Spiegel*, noch einen drauf. Nachdem Teile der bürgerlichen Kulturszene den Maestro zum Abschuss freigegeben hatten, nahmen zwei Schweißhunde des Hamburger Blattes

Witterung auf, um ihm den Gnadenstoß zu versetzen. Er sollte „auf süffisante Weise vorgeführt“ (3) werden. Naiv wie er war, willigte er ein, sie in seinem Allerheiligsten, seinem Musikzimmer, zum Interview zu empfangen, um zu den gegen ihn gerichteten Vorwürfen Stellung zu nehmen. Damit saß er in der Falle: Das Interview war nur ein Vorwand, „die Marionette Russlands“ auszuhorchen: Herausgekommen ist ein „Glanzstück“ der subtilen, hinterlistigen persönlichen Herabsetzung (4).

Entspannungspolitik nicht mehr gefragt

Der Mann kann einem Leid tun, nachdem er jahrzehntelang auf einer Welle des Erfolgs und allgemeiner Wertschätzung schwamm und vermutlich nie mit einer solchen Diffamierungskampagne rechnete (5). Justus Frantz hatte – im Gegensatz zu vielen anderen deutschen Kulturschaffenden – einfach die „Zeichen der Zeit“ nicht erkannt. Ihm galt und gilt die Entspannungspolitik noch etwas, und er hing bis zu seiner öffentlichen Hinrichtung durch den *Spiegel* noch der Überzeugung an, Kultur und Kunst könnten einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten (6) – eine heute nicht mehr zeitgemäße Auffassung, ein Irrglaube, reine Ketzerei, Herr Frantz! Willkommen im Deutschland des Jahres 2023 beziehungsweise 2024, in dem flächendeckend die Niedertracht regiert!

Bloß zur Erinnerung: Während ein „Brückenbauer“ und „Entspannungsdiplomat“ in der deutschen Kulturszene wie Justus Frantz in der Öffentlichkeit wegen einer angeblich zu großen Russlandnähe heruntergeputzt und vom *Spiegel* persönlich gedemütigt worden ist, wurde dem russophob-rassistischen Hassprediger Serhij Zhadan aus der Ukraine am 23. Oktober 2022 der rote Teppich ausgerollt und der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels unter dem Beifall der Kulturschickeria in der

Frankfurter Paulskirche verliehen. Dieser wird seit 1950 vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels vergeben, dessen Anspruch es ist, „mit seiner Arbeit der Völkerverständigung zu dienen“ (7).

Dieses Mal an einen Propagandisten Kiews, in dessen Machwerk „Himmel über Charkiw“, das im Suhrkamp-Verlag erschienen ist, offen Rassenhass gepredigt wird, Russen als „Verbrecher“, „Tiere“ und „Unrat“ bezeichnet werden und ihnen der Fluch „Brennt in der Hölle, ihr Schweine!“ an den Hals gewünscht wird. Gerechtfertigt wurde die Entscheidung des Börsenvereins ausgerechnet von der Wochenzeitung *Die Zeit*. Anlass für Franz Alt, heftig Kritik zu üben: Verständlicherweise ist für ihn „diese Preisverleihung ein dreifacher Skandal. Erstens: Dass ihn dieser Autor bekommt. Zweitens: Dass der Börsenverein einen Friedenspreis an einen Völkerhasser vergibt. Und drittens: Dass eine renommierte deutsche Wochenzeitung in einem Leitartikel zwar die Frage stellt: ‚Darf das sein?‘ Aber darauf antwortet: ‚Leider ja‘“ (8).

Warum russische Künstler und Kunst sowie ihre deutschen Freundinnen und Freunde, die es Gott sei Dank noch immer gibt, in Deutschland von der herrschenden Politik und ihren medialen Mietmäulern wie aussätzig Lepra-Kranke behandelt und auf den Index gesetzt werden, ist leicht zu erklären. Wegen eines Krieges, den der Westen unter aktiver Beteiligung Merkel-Deutschlands nach langer Vorbereitung selbst anzettelte und weiterhin befeuert.

Gewöhnlich wird der in Politik, Medien und im Kulturbereich wieder aufgeflamnte Russenhass in Deutschland mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine zeitlich verortet. Das ist aber Unsinn. Der existierte nach 1945 zumindest in der BRD unverändert fort und wurde durch die Politik der transatlantischen Adenauer-Regierung und der „Nachfolgeorganisation der NSDAP“ – der CDU – bis in die 1960er Jahre und darüber hinaus im Volkskörper verstetigt.

Die darauf folgenden nur kurzen Tauwetterperioden im Kalten Krieg in der ersten Hälfte der 1970er und am Ende der 1980er Jahre überdeckten nur das von Generation zu Generation weitergegebene düstere Erbe. Schließlich bestätigen Ausnahmen stets die Regel!

Nie überwundene Erblast

Mit dieser verhängnisvollen Erblast im Schlepptau wurde Deutschland in den 1990er Jahren Teil der NATO-Osterweiterung. Nach dem Putsch in der Ukraine 2014, der von den USA vorbereitet und massiv unterstützt wurde, verschärfte sich der Ton gegenüber der Russischen Föderation. Entspannungspolitik endgültig ade. Es ist deshalb kein Zufall, dass in diesem Zusammenhang die geschichtsrevisionistische Debatte in Deutschland um die Ursachen des Zweiten Weltkriegs und die Kriegsschuldfrage Fahrt aufnahm, mit dem infamen Ziel, die Sowjetunion für den Zweiten Weltkrieg (mit)verantwortlich zu machen, um Deutschland – insbesondere Nazi-Deutschland – zu entlasten.

Und so ging es weiter. Entlarvend war die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei im Jahr 2018 anlässlich des 75. Jahrestages des Sieges der Roten Armee über die deutsche 6. Armee in Stalingrad, ob sie gewillt sei, den „rassenideologischen Vernichtungskrieg“ gegen die Sowjetunion grundsätzlich als verbrecherisch einzustufen?“

Natürlich nicht. Ihre Antwort – jenseits der einschlägigen Expertise von Historikern und Rechtsexperten – war relativierend:

„Die Einordnung damaliger militärischer Handlungen der Wehrmacht als verbrecherisch im strafrechtlichen Sinne ist einzelfallbezogen vorzunehmen“ (9).

Die damalige Bundestagsabgeordnete der Linkspartei Sevim Dagdelen kommentierte die Antwort entsprechend richtig:

„Die Angriffe der Wehrmacht auf Stalingrad waren ein Verbrechen wie alle militärischen Handlungen der Nazi-Wehrmacht im Rahmen des verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion und ihre Menschen. Da gibt es kein Vertun und keine ‚einzelfallbezogene‘ Abwägung“ (10).

Es kam aber 2019 noch schlimmer. Ein Großteil der deutschen EU-Abgeordneten stimmte der skandalösen „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft“ zu, die traditionell reaktionäre und russophobe osteuropäische Regierungen durchgesetzt hatten (11).

Darin wird unter anderem behauptet, „dass ‚die kommunistische Sowjetunion und das nationalsozialistische Deutsche Reich (...) die Weichen für den Zweiten Weltkrieg stellten“. Befürwortet werden überdies das Verbot kommunistischer Symbole und das Entfernen von Mahnmalen, die an die Befreiung Europas durch die Rote Armee erinnern (12).

Interessant ist, welche deutschen EU-Abgeordneten dieser Geschichtslüge damals zustimmten, die das Ziel hatte, die Kriegsschuld Deutschlands deutlich zu relativieren, zugleich aber ausgerechnet der UdSSR eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges anzudichten: Sozialdemokraten, Christdemokraten, Liberale, die Grünen Franziska Keller und Sven Giegold, ehemals Attac, sowie Nico Semsrott von „Die PARTEI“. Nur die Abgeordneten der Linken votierten dagegen. Die AfD-Abgeordneten enthielten sich (13).

Dies ist die gleiche Linie, die deutsche Regierungen – egal in welcher Parteien-Zusammensetzung – seit Jahren auch in der UNO

verfolgen. Und zwar mit einer außergewöhnlichen Hartnäckigkeit, die nachdenklich stimmen muss. Die von Russland und anderen Ländern 2023 gemeinsam in die UNO-Vollversammlung eingebrachte „Resolution zur Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus, des Neonazismus und anderer Praktiken, die zur Eskalation zeitgenössischer Formen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz beitragen“, wurde erneut von der Mehrheit der Vollversammlung getragen:

„Die Resolution wurde von 118 Ländern unterstützt, 49 stimmten dagegen und 14 enthielten sich. Gegen die Resolution stimmten unter anderem Deutschland, Österreich, alle anderen EU-Mitgliedsstaaten, die Vereinigten Staaten und die Ukraine. Die Schweiz hat sich enthalten. Aus dem sogenannten ‚kollektiven Westen‘ votierte nur Israel für die Antinazismus-Resolution“ (14).

Russen keine Europäer?

Diese über Jahrzehnte latente, schließlich über diverse nationale und internationale Entscheidungen offen zutage getretene Russophobie bei gleichzeitiger unverhohlener Faschismusaffinität deutscher politischer Repräsentanten kulminierte endlich 2022 in einem unvergesslich bleibenden Interview im ZDF, das eine Zäsur darstellt. In dem Frage- und-Antwort-Spiel namens „Markus Lanz“ am 12. April 2023 gab die als „Sicherheitsexpertin“ – mit exzellenten Verbindungen zur NATO – vorgestellte Florence Gaub folgendes zum Besten:

„Wir dürfen nicht vergessen, auch wenn Russen europäisch aussehen, dass es keine Europäer sind – jetzt im kulturellen Sinne – die einen anderen Bezug zu Gewalt haben, die einen anderen Bezug zu Tod haben“ (15).

Bis zu diesem Zeitpunkt wusste das breite Publikum nicht, wer Florence Daub war beziehungsweise ist.

Tatsächlich, so berichtet Thomas Röper, ist sie „eine NATO-Propagandistin. Sie war gleich zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn vier Jahre lang beim am NATO Defense College beschäftigt, das ist eine Militärakademie der NATO für Stabsoffiziere und Generäle. Sie hat die Kriegsrhetorik der NATO also gleich zu Beginn ihrer Laufbahn quasi mit der Muttermilch aufgesogen. Heute ist sie stellvertretende Direktorin des Instituts der Europäischen Union für Sicherheitsstudien, einer EU-Agentur, die die Außenpolitik der EU maßgeblich ausarbeitet“ (16). Mit diesen Aussagen bei „Markus Lanz“ gab das NATO-Engelchen die Richtung vor, indem es rassistische Motive aus der Mottenkiste des deutschen Faschismus öffentlichkeitswirksam wieder belebte.

„Durch sie kann man tief in die Denkweise der NATO blicken, denn in Wirklichkeit ist diese Politologin, die als ‚Militärexpertin‘ gehandelt wird, geradezu ein Musterexemplar jener Brut, die gerade versucht, Europa zu ruinieren“ (17).

Russland eine Kulturnation? Na, na, na! Wie können slawische Halbmenschen eine hochstehende Zivilisation und Kultur entwickeln – an denen übrigens nicht wenige Deutsche beteiligt waren, zum Beispiel Katharina die Große?

Wie es dagegen aktuell um die Kultur im Land der Dichter und Denker bestellt ist, zeigt die „Solidarität“ mit dem Regime in Kiew. Die Stigmatisierung russischer Kultur in Deutschland deckt sich mit dem barbarischen Schleifen von russischen Kulturgütern im von Faschisten beherrschten Teil der Ukraine, dem Verbot der russischen Sprache, der russischen Literatur und Musik, Russen sind Orks, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

Das Schlimme ist, dass sich das bürgerliche politische, mediale und kulturelle Establishment in Deutschland die von extremer Russophobie getriebenen Maßnahmen des faschistischen Regimes in der Ukraine geradezu zum Vorbild nimmt. So ist es kein Wunder, dass Deutschland der Ukraine derzeit nicht nur auf dem Weg ins wirtschaftliche und soziale Chaos, sprich in den Pauperismus, folgt, sondern auch in einen neuen Faschismus.

Bereits vor dem erneut offen zutage getretenen Russenhass in Politik und Medien zeigten sich in der bundesdeutschen Gesellschaft deutlich die strukturellen Verschiebungen der politischen Landschaft immer weiter nach rechts. Nein, nicht durch die AfD, sondern durch das reaktionäre Parteien-Kartell aus SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU, die sich seit Jahren der zunehmenden Denk- und Sprechverbote, der sogenannten Cancel Culture, bedienen, wobei die Genderdebatte gleichsam als Türöffner und das Coronakomplott als Beschleuniger des Totalitarismus dienen. Seither werden konträre Meinungen grundgesetzwidrig wegen angeblicher „Delegitimierung des Staates“ gezeißelt und verfolgt, Kritiker diskreditiert und ausgegrenzt, ja immer öfter auch kriminalisiert, wenn sie die zu Dogmen geronnenen Narrative der Herrschenden in Frage stellen.

Mit großen Schritten in den Totalitarismus

Es gilt nur noch eine Meinung, nämlich die herrschende, die mithilfe einer radikalisierten Cancel Culture und Zensur in allen Bereichen der Gesellschaft rücksichtslos durchgesetzt wird. Selbst in Wissenschaft und Kultur. Wer kein Ignorant oder Verdrängungskünstler war, konnte spätestens während des Coronakomplots erkennen, wohin die Reise gehen würde. Die in den zurückliegenden Jahren von bürgerlicher Politik und Journaille

in die Welt gesetzten Framings spiegeln eine bislang nicht gekannte Verrohung in wichtigen politischen Debatten wider, die zum Teil sogar ganz offen in faschistischer Terminologie daherkommt.

Denn: Die bürgerlichen Medien, insbesondere die korrupten GEZ-Medien, „informieren nicht, sie haben zum Ziel, Gesellschaft zu steuern und zu manipulieren. Sie wollen einen anderen, einen autoritären Staat. Der Mainstream versucht, mit immer drastischeren Methoden eine reaktionäre, autoritäre politische Agenda durchzusetzen, die bestehenden Machtverhältnisse zu zementieren und Demokratie und die damit verbundenen Freiheiten abzuschaffen. Der deutsche Mainstream ist zum größten Feind einer freien, demokratischen deutschen Gesellschaft geworden“ (18).

Schließlich sollen die Einwohner der Länder des „Wertewestens“ allmählich geistig an die Einführung eines neuen digitalen Faschismus à la WEF (World Economic Forum = Weltwirtschaftsforum), UN und WHO sowie an weitere Kriege gewöhnt werden, die zusammengenommen den verfaulenden imperialistischen Westen retten sollen.

Die zurückliegenden Jahre seit 2014 zeigen deutlich: Wer als Regierungs- und Systemkritiker in das Fadenkreuz der Herrschenden im imperialistischen Westen gerät, wird erst einmal sprachlich hemmungslos niedergemacht, wobei das herrschende politische Establishment in Deutschland und seine Propagandamedien ganz vorne mit dabei sind: Kritiker der Coronamaßnahmen sind „Blinddärme“ (Sarah Bosetti, ZDF und ARD), die entnommen werden müssen; Türken sind „Ziegenficker“ (Jan Böhmermann, ZDF), Menschen, die sich für den Frieden einsetzen, sind laut Amnesie-Kanzler Olaf Scholz „gefallene Engel aus der Hölle“; und aktuell sind die protestierenden Bauern dran, die als Traktor-RAF, als „motorisierter Mistgabel-Mob“ – wieder einmal *Der Spiegel* – diffamiert werden. Unwidersprochen bleibt

von den deutschen Polit-„Eliten“ auch die Feststellung aus den Reihen der befreundeten klerikalfaschistischen Regierung Israels, „Palästinenser seien Tiere“, die sich mit ähnlichen Verunglimpfungen des Faschisten Wolodymyr Selenskyj deckt, der seine westlichen „Partner“ davor warnt, Schwäche zu zeigen, denn die spüre Wladimir Putin „wie ein Tier, weil er ein Tier ist und das Blut riecht“ (19).

Vor diesem Hintergrund ist also die scheinbar wie aus dem Nichts heraus eskalierende russophobe Propaganda der westlichen Mietmäuler nicht verwunderlich. Diese Sprache entlarvt einen Westen, der aus Verzweiflung nur noch wild um sich schlägt. Es ist die Sprache des westlichen Kolonialismus und – vor allem deutschen – Faschismus, die im insbesondere postdemokratischen und posthumanistischen Deutschland der Gegenwart ihre Renaissance erlebt und ohne größeren Protest akzeptiert wird! Es bricht aus ihnen heraus wie ein galoppierender Schluckauf, als hätten sie Jahrzehnte lang nur darauf gewartet, diesen unmenschlichen Dreck wieder hervorwürgen und auskotzen zu können. Wer behauptet heute noch ernsthaft, (West-)Deutsche seien je gründlich entnazifiziert worden?

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle: Russland war schon immer ein gewichtiger Teil der europäischen Hochkultur und Zivilisation. Und ist es noch und wird es bleiben! Allein das herausragende Niveau des Musikbetriebs sowohl in der UdSSR als auch in der heutigen Russischen Föderation war beziehungsweise ist international anerkannt. Nur in Deutschland nicht mehr.

Das hat weniger mit der durchgehenden Kultur- und Bildungslosigkeit der politischen Akteure in Berlin und Brüssel zu tun, vielmehr mit ihren faschistischen Genen, die bereits lange vor dem Krieg in der Ukraine reaktiviert wurden.

Mit Begeisterung ins dritte Karthago

Solchermaßen politisch und publizistisch vorbereitet, rüsten die Herrschenden in Deutschland – geschichtsvergessen wie sie sind – nun gegen Russland massiv auf, indem sie eine Kampfbrigade von etwa 4000 Mann in Litauen stationieren wollen, direkt an der russischen Grenze! Unbelehrbar wie sie sind, arbeiten sie begeistert an der Verwirklichung ihres dritten Karthagos, wie Brecht einst warnte. Dazu soll die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt werden, um das notwendige Kanonenfutter für die Profite der deutschen Rüstungsindustrie, die überwiegend in US-amerikanischen Händen ist, sicherzustellen. Europäer, insbesondere Deutsche, sollen für die Profitmaximierung US-amerikanischer Shareholder ihre Köpfe hinhalten? Geht's noch?

Nichtsdestotrotz folgt die deutsche Vasallen-Regierung bedingungslos der „Order aus Washington, den Krieg gegen Russland mit den europäischen ‚Partnerländern‘ zu koordinieren und zu finanzieren, damit die USA sich in aller Ruhe China vorknöpfen können“ (20). Der neue Noske, gemeint ist SPD-Kriegsminister Boris Pistorius, macht's möglich. Er wird wie einst sein Vorgänger gerne den „Bluthund“ spielen, und zwar im Verein mit all den anderen Bluthunden aus CDU/CSU, Grünen und FDP.

Ich übergebe zum Abschluss dieses Artikels einem „kulturlosen“ Halbeuropäer und -menschen, nämlich Lew Nikolajewitsch Tolstoi das Wort, der im Gegensatz zu den feigen Kriegshetzern und Maulhelden im Deutschland der Gegenwart den Krieg kennen lernte, im Kaukasuskrieg 1851 und im Krimkrieg 1854 „diente“. Diese Erfahrungen ließ er in seinen monumentalen Roman „Krieg und Frieden“ einfließen. Am Vorabend der Schlacht bei Borodino gegen Napoleons Truppen im Sommer 1812 lässt Tolstoi einen seiner Protagonisten, den Fürsten Andrej Bolkonski, einen kommandierenden Offizier aus dem russischen Hochadel, sehr

nachdenklich auf das kommende Gemetzel blicken. Dieser innere Monolog macht nicht nur der russischen Literatur, auch der europäischen Kultur alle Ehre:

„Der Krieg ist keine Liebenswürdigkeit, sondern die abscheulichste Sache, die es gibt. Und das muß man sich klarmachen, statt Krieg zu spielen. (...) Es kommt alles darauf an, daß man die Lügen über Bord wirft und den Krieg eben als Krieg ansieht und nicht als ein Spiel. So wie es jetzt ist, ist Krieg ein Lieblingszeitvertreib für müßige und leichtsinnige Menschen. (...) Zweck des Krieges ist der Mord, Werkzeuge des Krieges sind Spionage, Verrat und Anstiftung zum Verrat, Verelendung, Ausplünderung und Beraubung der Einwohner zur Verpflegung der Armee, Betrug und Lüge, die man als Kriegslisten bezeichnet. Die wesentlichen Charakterzüge des Militärstandes sind Unfreiheit des einzelnen – man nennt das Disziplin –, Müßiggang, Rohheit, Grausamkeit, Trunksucht und Ausschweifung. (...) Man kommt [in einer Schlacht, H.J.M.] zusammen, (...) um einander umzubringen, man tötet oder verstümmelt Zehntausende von Menschen und hält dann Dankgottesdienste ab, weil es einem gelungen ist, so viele Menschen, deren Zahl man nachher noch übertreibt, umzubringen, und man posaunt seinen Sieg aus und meint dabei, das eigene Verdienst sei um so größer, je mehr Menschen man umgebracht habe“ (21).

Dem, denke ich, ist nichts hinzuzufügen.



Hans-Jürgen Mülln, Jahrgang 1955, war nach Abschluss des Studiums der Germanistik und Philosophie über dreißig Jahre lang als Lektor, Texter, PR-Journalist und Chefredakteur tätig. Seit 2010 schreibt er auch

erzählerisch. Sein letztes Buch „Zerrissen im Land der Dichter und Henker“ ist Anfang 2018 erschienen. In dem erzählerischen Essay setzt er sich mit der Waffen-SS-Vergangenheit seines Vaters auseinander. Aktuell arbeitet er an einem Buch über Artenschutz.